

Bernd Marin

Der Standard, Wien, 4.3.2007

Leistbar? Und Fair?

Können und sollen wir uns Sozialpläne wie Mindestsicherung oder erneute Frühpensionen leisten oder nicht?

Das hängt weniger davon ab, was es heute kostet, als was es morgen bringt – oder nicht. Sind Ausgaben bloß Konsum -oder sich selbst finanzierende Investitionen? Wann im Konjunkturzyklus werden sie getätigt? Welches Signal geben sie? Und sind sie sozial ausgleichend, fair -oder demoralisierend?

Zum richtigen Zeitpunkt, dem „Timing“: Reformen müssen im Aufschwung gemacht werden, um schmerzfrei und zukunftsträchtig zu sein. Sie kommen aber meist erst in der Krise, wenn es nicht mehr anders geht – was Reformen dann oft dumm und brutal macht. Daher ihr schlechter Ruf. Doch Reformen in guten Zeiten erfordern „nur“ etwas Voraussicht – und Selbstdisziplin.

Dieses bisschen Klugheit und Disziplin, etwa antizyklische Budgets, bringt Politik selten zustande. Meist verstärkt sie, prozyklisch wie privater Konsum, Konjunkturschwankungen statt sie zu glätten. Bildlich: Die Feuerwehr wird gerade dann weggespart, wenn es brennt. Doch gute Arbeitslosenversicherung braucht man nicht bei Vollbeschäftigung, sondern bei Rezession; Mindestsicherung und Kampf der Armut auch im Boom.

Beispiel 1: Ist eine Mindestsicherung von 14x726 Euro leistbar? Als bedarfsgeprüfte Hilfe mit Anreiz zum Erwerb – oder zur Hebung der Pensionen über die Armutsgrenze – ganz klar ja. Aus humanitären wie aus volkswirtschaftlichen Gründen der Konsumbelebung. Gezielte Investition in eine solide Grund-und Alterssicherung sind wie gute Bremsen für einen immer

rasanteren Wirtschaftsboliden: kein Pilot gewinnt Rennen mit Bremsen, aber auch keiner ohne sie.

Je schneller das globale Wirtschaftsrennen, desto wichtiger sind gute Bremsen: Kapitalismus ohne Sozialpolitik ist wie ein Ferrari mit Trabi-Bremsen – lebensgefährlich. Würde man dagegen allen ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ von „existenzsichernden“ 70% des Medianeinkommens, 12.120 € netto im Jahr auszahlen, wie die Katholische Sozialakademie das will, so hätte man tatsächlich eine Hängematte für Tachinierer statt ein Trampolin für Arbeitswillige – demotivierend und desaströs teuer. Ein kleines Trabi-Monster mit Ferrari-Bremsen -zu Ferrari-Preisen.

Beispiel 2: Die SPÖ wollte, ganz zu Recht wie nun auch der VfGH erkannte, einen Solidarbeitrag auf Spitzenpensionen erheben, programmgemäß als Rücklagen für einen „Pensionssicherungsfonds für die Enkel“. Gescheitert ist das erstens am Aufheulen betroffener Lobbyisten beider Parteien (Neugebauer, Blecha, Khol) in eigener Sache. Zweitens mangels Pensionskonto am Unvermögen, unverdienten „Übergenuss“ durch Beitragslücken zu belegen: z.B. Altpolitikeransprüche wie ein ASVG-Höchstpensionist nach 270 Jahren Arbeit; oder Schief lagen, wo Arbeitnehmer 83%, Beamte 47% (Bund) bzw. nur 35-40% (Länder) zur eigenen Pension beitragen.

Wenn etwa ein alter SV-Funktionär nur 14% zu 4.500 € monatlicher *Zusatzpension* zur ASVG-Höchstpension beiträgt, so vertragen 1,5 Millionen Euro unsittlich haltlose „*Dienstordnungspensions*“-Versprechen sehr hohe Steuern. Extrem ungleiche Zuschüsse und verkehrte Umverteilungen „von unten nach oben“ aus öffentlichen Kassen erfordern korrigierende Solidarbeiträge.

Doch das scheiterte drittens am Widerspruch, dass die für schwere Zeiten der Enkel ab 2025 gedachten Rücklagen gleich heute, in guten Zeiten, den Groß

eltern für verlängerte Frühpensionen
ausgeschenkt werden sollten. Die sind
aber, so oder so, unfair *und* unleistbar.